

Sozialdemokrat

Zentralorgan der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Redaktion und Verwaltung: Prag II., Habliczkovo nám. 52. Einzelpreis 70 Heller. Bezugsbedingungen: Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post monatlich 16— KČ, Telefon 6795, nachts 6797. Telegramm-Adresse: Sozialdemokrat Prag. Vierteljährlich 48— KČ, halbjährlich 96— KČ, ganzjährig 192— KČ. Für Deutschösterreich monatlich 120— SK, für Deutschland 16— Mk. Postpartassalento 87644. Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Klassenjustiz.

Unsere Genossen in Deutschland führen einen heftigen Kampf gegen die Reaktion. In diesem Kampfe nimmt die Forderung nach der Reform der Verwaltung und der Justiz einen sehr breiten Raum ein. Diese Forderung geht aber nicht so sehr nach einer Aenderung im System, als vor allem nach einer Beseitigung des größten Teiles der Personen, welche in Verwaltung und Justiz tätig sind. Diese Menschen sind erzogen im Geiste des altpreussischen monarchistischen Regimes und können eben aus ihrer Haut nicht heraus. Insbesondere in der Justiz sind die Zustände unerträglich geworden. Deutschnationale Mörder, wie jener Bube Hartwig, der auf den mittlerweile von seinen Gesinnungsgenossen ermordeten Erzberger ein Attentat verübte, erhält anderthalb Jahre Gefängnis; Kommunisten, die ihre Ideen nur durch Wort und Schrift verfochten haben, 5 bis 10 Jahre Zuchthaus. Ernst Toller, einer der ersten lebenden deutschen Dichter, dessen reine edle Gesinnung von Niemand bezweifelt werden kann, wird physisch und psychisch im Zuchthaus gemartert; sein Besuch, auf einige Zeit beurlaubt zu werden, um seine schwer angegriffene Gesundheit wieder herzustellen, wird abgewiesen; dem Mordsuben Hartwig dagegen wird ein Urlaub erteilt, den er in Bädern und auf Sommerfrischen zubringt. Mehrere Hundert Jahre Zuchthaus wurden über die Teilnehmer des Aufstandes in Mitteldeutschland verhängt; die Anstifter und Teilnehmer des Kapp-Putschs laufen frei umher, verhöhnern und verspotten diese sonderbare Justiz und bereiten in aller Seelenruhe einen neuen Putsch vor. Mit ihren blutbesetzten Händen haben die deutschnationalen Mörderbanden die Führer der deutschen Arbeiterbewegung ermordet oder verwundet — Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Hugo Haase, Kurt Eisner, Franz Gericke, Auer und unzählige andere sind ihre Opfer. Erzberger wurde von ihnen ermordet. Die Mörder sind entweder nicht ertwischt oder zu lächerlichen Strafen verurteilt worden. Und dies alles war nur möglich, weil die deutsche Justiz eine Klassenjustiz ist, die mit verschiedenem Maße mißt, je nach dem, ob es sich um einen deutschnationalen Monarchisten, einen reaktionären Sakentruerler oder um einen Vertreter der Interessen der Arbeiterschaft handelt. Der deutsche Richter ist sich subjektiv keines Unrechtes bewußt, er glaubt, vollständig gerecht zu handeln; es ist der Geist, der ihn besetzt und zum willfährigen Werkzeug der Reaktion macht.

Wir verfolgen diesen Kampf unserer deutschen Genossen mit aller Sympathie; aber wir sollten uns doch fragen, ob es bei uns besser ist. Vor kurzem haben wir den Klassencharakter unserer Justiz an den Urteilen gegen die an den Dezemberereignissen des Vorjahres beteiligten Kommunisten aufgezeigt. Heute wollen wir an einem anderen, nicht so krassen, aber darum nicht weniger typischen Beispiel beweisen, daß auch der größte Teil der deutschen Richter dieses Landes Klassenjustiz üben.

Bekanntlich erließ die Regierung Tuszar über Betreiben der tschechischen Nationalsozialisten jene schändliche Verordnung gegen den Terror in den Betrieben vom 19. Dezember 1919. Wie überflüssig sie war, geht schon daraus hervor, daß sie nur in wenigen Fällen Anwendung fand. Wir verweisen auf den bekannten Fall in Kuffig, wo ein deutschnationaler Richter in pyrrhischer Weise unsere Organisation verurteilte; das Schiedsgericht in Prag hob sein Urteil wegen zahlloser Mängel auf und bei der neuerlichen Verhandlung wurde die Klage der gelben Arbeiterverräter glatt abgewiesen. Nun ereignete sich bei der Buschletrader Bahn in Komolau im Jahre 1920 nachstehender Vorfall: Am 18. März 1920 trat ein Arbeiter dort in der Wagen-

Einigung in Venedig.

Räumung von den Banden. — Volksabstimmung im Oedenburger Gebiet.

Venedig, 13. Oktober. (Stef.) Die österreichische und die ungarische Abordnung haben gestern und heute unter dem Vorsitz des Ministers des Innern, Marschese della Toretta, die Besprechungen fortgesetzt. Nach einer eingehenden Prüfung aller Fragen sind die beiden Abordnungen erfreulicherweise zu einer Einigung gelangt. Nach einer vorläufigen Information besteht das Uebereinkommen darin, daß Magyaren unter Garantien das gesamte Burgenland räumen wird, worauf in Oedenburg und in fünf Gemeinden ein Plebiszit durchgeführt werden wird. Die ungarischen Delegierten gaben die Versicherung ab, Magyaren werde Maßnahmen treffen, um die irregulären Banden im Burgenlande zu unterwerfen. (Das alles wäre ja recht schön und gut, nur darf man, wenn schon nicht am Willen, so doch an der Kraft Hartigs zweifeln, das seinen eigenen Plänen höchst unangenehme Bandenwesen wirklich lahmzulegen. Denn hinter den Banden stehen die gewalttätigen Häupter der Bruchialgewalt. D. Red.)

Die Einigungsbedingungen. Wien, 13. Oktober. (Eigenbericht des „Sozialdemokrat“.) Wie die Blätter berichten, soll die Verständigung in Venedig auf folgende Grundlage zustande gekommen sein: Westungarn wird bedingungslos und vollständig von den Insurgenten geräumt. Die völlige Entwaffnung muß von der internationalen Generalkommission festgestellt werden. Acht Tage nach der Unterzeichnung wird unter Kontrolle der Generalkommission in Oedenburg, Parendorf und fünf anderen Orten die Volksabstimmung vorgenommen. Fünfzehn Tage später beginnen die finanziellen Verhandlungen zwi-

schen Oesterreich und Ungarn. In die Volksabstimmung wird der in Oedenburg gelegene Eisenbahnknotenpunkt nicht einbezogen, er bleibt also bei Oesterreich. Sollte die Abstimmung, welche als Gesamtergebnis bewertet wird, für Ungarn ungünstig ausfallen, würde Ungarn seine Schuldforderungen an Oesterreich zurückziehen.

Die Schlußberatungen. Venedig, 13. Oktober. (Meldung des Sonderberichterstatters des B. Korv. Bur.) Heute, um 10 Uhr vormittags, fand die Unterzeichnung des die Ergebnisse der Besprechungen festhaltenden Schlußprotokoll statt. Auf Grund dieser Besprechungen, die einen Versuch darstellten, dem österreichischen und ungarischen Standpunkte Rechnung zu tragen, vor allem die Befreiung des Burgenlandes von den jetzt dort herrschenden Banden zu bewirken und sicherzustellen, sowie die ruhige Befreiung des Burgenlandes zu garantieren, wird die Regierung dem österreichischen Ausschusse für Neuherg berichtet. Der italienische Minister des Innern, Marschese della Toretta, schloß die Verhandlungen, indem er den beiden Regierungen für ihre Bereitwilligkeit, zu einer Lösung der den Frieden Europas bedrohenden schwierigen Fragen beizutragen, dankte und der Hoffnung Ausdruck gab, daß diese Besprechungen die Grundlage für ein bis in die Zukunft dauerndes Freundschaftsverhältnis zwischen den beiden Nachbarstaaten bilden wird. Die Führer der beiden Delegationen dankten dem italienischen Minister des Innern für seine Initiative und das hohe Interesse, das er dieser Frage zugewendet habe. Die österreichische Delegation reist heute um 12 Uhr mittags von Venedig ab.

Die Regierung Wirth bleibt.

Berlin, 13. Oktober. (Eigenbericht des „Sozialdemokrat“.) Die Regierung hat sich darauf besonnen, daß es ihre Pflicht sei, im Amte zu bleiben und daß sie nicht das Recht habe, die Finte ins Korn zu werfen, wenn sie auch einen scheinbaren Misserfolg erzielt habe. In der sozialistischen Presse besteht Einstimmigkeit darüber, daß der etwaige Verlust eines Teiles von Oberschlesien nicht dem Kabinett zur Last gelegt werden könne. Die Schuld daran müssen die nationalistischen Kreise tragen, die für den Krieg und seine Folgen verantwortlich sind und die es unter ihrer früheren, Jahrhundertlangen Herrschaft nicht fertig gebracht haben, daß die ober-schlesischen Bauern sich in Deutschland heimisch fühlen konnten. Es bestehe noch eine schwache Möglichkeit, daß die Entscheidung des Obersten Rates die ungünstigen Wirkungen des Völkerbundes korrigieren könne. Es sei Pflicht der Regierung, in dieser Richtung ihre Anstrengungen fortzusetzen. Die Regierung selbst erklärt jetzt, daß sie einen endgültigen Beschluß darüber, was

monturwerkstätte ein. Von den Vertrauensmännern befragt, ob und welcher Organisation er angehöre, erklärte er, er sei Solol. Ob er schon damals oder erst später der tschechischen nationalsozialistischen Gewerkschaft beitrug, ist nicht klar erwiesen. Aber Tatsache ist, daß er ruhig und ungestört bis zum 7. April 1920, also durch drei Wochen, an seinem Arbeitsplatz arbeitete. An diesem Tage wurde er in die Dreherei versetzt. Nun ist dies die bestbezahlte Arbeit; eine ganze Anzahl von älteren Arbeitern, die schon lange Zeit in dem Betriebe standen, wartete, bis in der Dreherei eine Stelle frei wird. Die Arbeiterschaft,

zu gesehen habe, erst werde fassen können, wenn die Entscheidung des Obersten Rates vorliege. Es sei in letzter Zeit deutlich zu erkennen gewesen, daß in weiten Kreisen des deutschen Volkes das Verständnis dafür im Wachsen sei, was in nächster Zeit zu geschehen habe. Insbesondere hätten die Besprechungen mit den Vertretern der Industrie, des Handels und der Landwirtschaft nicht nur bei uns, sondern auch im Auslande die größte Beachtung gefunden; es hätten sich zwar kritische Stimmen besonders aus sozialistischen Kreisen erhoben, die im Angebot der kapitalistischen Kreise kein Opfer des Besten erblicken wollten. Wenn den breiten Massen des Volkes eine große Belastung auferlegt werden sollte, so müßten auch die Bestehenden nach dem Maße ihrer Leistungsfähigkeit Opfer bringen. Die Verantwortung dafür trage auch die Regierung. Wenn kein Ausgleich darüber zu finden ist, würde es mit der künftigen Entwicklung Deutschlands außerordentlich schlecht bestellt sein.

welche darüber erbittert war, daß ein junger, kaum drei Wochen im Betriebe beschäftigter Mensch diese Stelle auf welche viele andere, ältere Arbeiter schon lange warteten, erhielt, stellte die Arbeit ein. Er wurde sofort aus der Dreherei abgezogen, der Wagenmontur zugewiesen, verließ aber diese Arbeit. Ob er, wie er behauptet, einen Urlaub hatte oder, wie die Arbeiter glaubten, diese Arbeit nicht verrichten wollte, ist gleichfalls nicht klargestellt. Tatsache ist, daß die Arbeiter, als er am nächsten Tage zur Arbeit erschien, erklärten, mit ihm nicht arbeiten zu wollen. Er wurde beurlaubt, und besetzt bis zum heu-

gen Tage, ohne zu arbeiten, seine vollen Gehühren.

Nun klagte er die Vertrauensmänner der deutschen und tschechischen Gewerkschaft auf Grund der erwähnten Verordnung gegen den Terror. Ueber die Sache selbst wollen wir nicht viel sprechen, weil sie bei der Verurteilungsverhandlung, welche am 8. Oktober 1921 in Prag stattfand, in allseitigem Einvernehmen ausgeglichen wurde. Worüber aber gesprochen werden muß, das ist die Art, auf welche der Richter in erster Instanz zu einem verurteilenden Erkenntnis kam. Vorerst wollen wir den Herrn vorstellen: Er heißt Dr. Johann Haller und ist seines Zeichens Bezirksrichter in Duz. Der Herr hat wohl den Kläger, nicht aber auch die Beklagten einvernommen. Von jenen Zeugen, die zu Gunsten der beklagten Vertrauensmänner ausfagen, meint der Herr, der Eindruck ihrer Aussagen sei ein „sehr übler“, sie seien „gefälscht“, „nichtsagend“ und „ausweichend“. Demgegenüber stehen die Aussagen des Klägers, wie dieser objektive Richter sagt, „im vorteilhaftesten Gegenlage“. Er spricht von der „Parteilichkeit“ der Arbeiter, höhnt sie, indem er meint, daß Niemand, der die Arbeiter kennt, glauben kann, daß Arbeiter deshalb mit einem anderen nicht arbeiten wollen, weil dieser die ihm zugewiesene Arbeit verläßt. Dem als Zeugen einvernommenen Direktor glaubt der Richter einfach nicht, weil er bestätigt, daß ihm als Grund der Arbeitseinstellung mitgeteilt wurde, daß dem Kläger eine Arbeit zugewiesen wurde, auf welche andere, ältere Arbeiter, schon lange warten. Solche Aussagen passen dem Herrn nicht, weil er von vornherein überzeugt ist, daß die Ursache der Arbeitseinstellung nur die Zugehörigkeit zur Organisation war. Wir wollen von der juristischen Qualität des Urteils, das den blutigen Anfänger verrät, der sich über die Bestimmungen des Gesetzes ganz im unklaren ist, nicht sprechen. Uns interessiert der Geist, der aus dem Urteile spricht. Wir zweifeln gar nicht daran, daß der Richter subjektiv im besten Glauben gehandelt hat, daß er glaubte, vollständig gerecht zu sein. Aber aus dem Urteile spricht der instinktive Haß des Bourgeois gegen die Arbeiter, spricht das Klasseninteresse des Bürgertums, das sich ganz spontan äußert. Und da wissen wir, daß von diesem Geiste der weitaus größte Teil unserer Beamtenschaft beider Nationen besetzt ist, darum betrachten wir diese Erscheinung als eine ungemein ernste, der die Arbeiterschaft die größte Aufmerksamkeit zutenden muß. Wenn wir von einer Reform der Verwaltung und der Justiz sprechen, so meinen wir darunter nicht nur eine Reform des Ganges der Verwaltung und Rechtsprechung, nicht nur eine Reform des Inhaltes der Gesetze, denn das würde nichts nützen, wenn der Geist derjenigen, welche berufen sind, die Gesetze anzuwenden und auszuliegen, nicht geändert wird. Dies ist aber nur möglich durch eine Demokratisierung der Verwaltung und Rechtsprechung, dadurch, daß diejenigen, welche hievon getroffen werden, welche auch die zur Schaffung der Gesetze Berufenen wählen, sie auch anwenden. Die klassenmäßige Ausübung der Verwaltung und Justiz im Sinne des Bürgertums wird solange dauern, als die Interessenten der bestehenden Gesellschaftsordnung sie durchzuführen haben. Das Interesse des Proletariats, das identisch ist mit dem Interesse der Gesellschaft, erfordert aber, daß Verwaltung und Rechtsprechung so angewendet werden, daß nicht das einseitige Interesse einer Klasse, sondern das Gesamtinteresse der Gesellschaft gewahrt werde. Bis dahin möge man uns aber nicht vorzutäuschen suchen, daß es eine „Gerechtigkeit“ gebe. Täglich aufs neue bewahrheitet sich der alte Satz Basalles: „Ma ch t ist Recht!“

Inland.

Den tschechischen Sozialisten zu Erinnerung!

Die tschechischen sozialistischen Parteien feiern in ihrer Presse gegenwärtig den 14. Oktober 1918, an welchem Tage die tschechischen Proletarier zum erstenmal auf der Gasse für den tschechischen Staat demonstriert haben. Sie wollen damit zeigen, welsch großer Anteil der tschechischen Arbeiterschaft an der Schaffung der tschechoslowakischen Republik zugekommen ist. Auch wir wollen dieses Tages durch Veröffentlichung eines Dokumentes gedenken, das der breiteren Öffentlichkeit bis zum heutigen Tage unbekannt geblieben ist, und das ein unverlöschbares Zeugnis dafür ist, welche Gesinnung im tschechischen Proletariat vor dem 28. Oktober 1918 vorherrschend war und wie sehr es der imperialistischen tschechischen Bourgeoisie gelungen ist, diese Gesinnung im tschechischen Proletariat auszulöschen. Das Dokument hat folgenden Wortlaut:

Die tschechischen Proletarier der deutschen Arbeiterschaft Nordböhmens! Genossen!

Montag, den 14. Oktober l. J. veranstalteten die tschechischen Klassenbewußten Proletarier der beiden sozialistischen Parteien im tschechischen Gebiete Kundgebungen.

Da wir mit der Möglichkeit rechnen müssen, daß diese Kundgebungen seitens der bürgerlichen und Regierungspresse als nationalchauvinistische geschildert werden, sehen wir uns genötigt, Euch über ihre wirklichen Beweggründe und Ziele zu informieren.

Der unmittelbare Anlaß zu dieser Kundgebung ist der Umstand, daß in der letzten Woche, von dem Momente an, als in der internationalen Situation die Entscheidung über die neue Regelung der Verhältnisse der Staaten gefallen ist, die Regierung die Ausfuhr der Lebensmittel und Rohle aus Böhmen in einem solchen Umfange angeordnet hat, daß dies nach unserer Ansicht schon in den nächsten Wochen für die Volksernährung des gesamten Volkes in Böhmen die katastrophalsten Folgen nach sich ziehen würde. Diese Folgen würden in Böhmen nicht nur wir, sondern auch die deutsche Arbeiterschaft verspüren. Um diese Folgen abzuwehren, haben wir schon kein anderes wirksames Mittel, als eine werktätige Tat der breitesten Massen.

Wir verhehlen vor Euch nicht, daß in der gegebenen Situation die montägige Kundgebung des tschechischen Proletariats auch einen politischen Charakter annehmen kann. Für den Fall teilen wir Euch mit, daß schon die Teilnahme der sozialistischen Parteien die Garantie bietet, daß es sich nicht bei keiner Kundgebung des tschechischen Proletariats um eine nationalchauvinistische Tendenz handeln kann. Indem wir für uns das nationale Selbstbestimmungsrecht bis zur äußersten Konsequenz des selbständigen tschechoslowakischen Staates verlangen, anerkennen wir dieses Recht der Selbstbestimmung auch für Euch und wir sind der Ansicht, daß die Vertreter des tschechischen und deutschen Volkes in dieser geschichtlichen Zeit einzig allein dazu berufen sind, im Vertragswege für die Zukunft über das gegenseitige Verhältnis der beiden Nationen zu entscheiden.

Ueber die Notwendigkeit der neuen Regelung der nationalen Fragen haben wir nicht mehr zu entscheiden. Dies ist durch den Weltkrieg entschieden. Außer dem sind sich aber die tschechischen Sozialisten bewußt, daß die Proletarier die jetzige Periode nicht vorbeigehen lassen dürfen, ohne die Lösung der wesentlichen Klasseninteressen der Proletarier, der wichtigen Fragen der Demokratie und der sozialen Umformung vorzunehmen. In diesen Sachen deckt sich das Interesse der tschechischen als auch der deutschen Proletarier ebenso wie darin, daß durch die im großen Umfange organisierte Ausfuhr aus dem Lande schon in der allernächsten Zeit, wo es sich um unsere Freiheit handeln wird, für uns alle eine Hungerkatastrophe zum Ausbruch käme.

Wir ersuchen daher die deutschen Arbeiter, sich durch unrichtige Informationen nicht beirren zu lassen und für alle unsere Aktionen nicht nur Verständnis zu haben, sondern nach Tunlichkeit mit uns in Verbindung zu treten und nach gegenseitigen Einvernehmen diese Aktionen zu unterstützen.

Prag, 12. Oktober 1918. Das Aktionskomitee des tschechoslowakischen sozialistischen Rates:

R. Bechyne, E. Franke, J. Stibin, J. Stribrny, V. Smeral, Luise Stich.

Aus diesem Dokument geht mit aller Deutlichkeit hervor, daß knapp vor dem 28. Oktober die tschechischen Sozialisten aller Richtungen, die heutigen Sozialdemokraten Bechyne und Stibin, ebenso wie der Kommunist Smeral und die Nationalsozialisten Franke und Stribrny für das Selbstbestimmungsrecht auch der deutschen Nation eingetreten sind und daß sie genau so wie wir deutschen Sozialdemokraten, nach dem Umsturz betont haben, das gegenseitige Verhältnis der beiden Nationen im Vertragswege regeln zu wollen. Als dann Seliger in dem ersten November nach Prag kam, um die zwischen den

Die Teilung Oberschlesiens.

Wie sich der Völkerbundsrat zu rechtfertigen sucht.

Genf, 12. Oktober. (Wolff.) Das Völkerbundsekretariat gab heute abends folgende amtliche Mitteilung aus, in der die für die Versammlung in der obereschlesischen Frage maßgebenden Gesichtspunkte dargelegt, nicht aber über die Lösung selbst Mitteilungen gemacht werden. Der Völkerbundsrat hat seine Arbeiten über die Festsetzung der Grenze in Oberschlesien beendet. Ein Kurier, der heute abends nach Paris abgeht, wird Herrn Briand, amtierenden Präsidenten des Obersten Rates, die Antwort des Völkerbundesrates auf die Einladung überbringen, die er am 12. August an den Rat richtete, mit dem Ersuchen, dem Obersten Rat bei der Lösung des obereschlesischen Problems Beistand zu leisten. Bei der Prüfung dieses Problems mußte auf Grund der Bestimmungen des Vertrages der Völkerbundsrat sowohl die in der Volksabstimmung zum Ausdruck gekommenen Wünsche der Bevölkerung, wie auch die wirtschaftliche und geographische Lage in Betracht ziehen.

Eine ernste Schwierigkeit ergab sich daraus, daß die Bewohner, die für Deutschland gestimmt hatten, mit den Bewohnern, die ihre Stimme für Polen abgegeben hatten, miteinander vermengt leben, und zwar in einem Verhältnis, das zwar nicht immer das gleiche, aber in dem dicht bevölkerten Lande doch stets sehr beträchtlich ist, so daß sowohl unter wirtschaftlichen als auch geographischen Gesichtspunkten eine Grenze undenkbar war. Dem Räte blieb kein anderer Ausweg, als diese Schwierigkeiten dadurch zu verringern, daß er die Grenze so sehr wie möglich dem Abstimmungsresultat anpaßte. Eine derartige Grenzlinie hätte jedoch Gebiete zerschnitten, die industriell eng von einander abhängen. Die Aufstellung einer neuen Grenze in einem Gebiete, daß sich wirtschaftlich unter denselben Gesichtspunkten und unter denselben Bedingungen entwickelt hatte, mußte auf beiden Seiten der Grenze die verhängnisvollsten Folgen haben. Das wäre auch hier der Fall gewesen, wenn die Errichtung einer neuen Zollgrenze, die Auflösung der ökonomischen Bezirke wie der Bergwerke, des Umlaufes deutschen Geldes, das Inkrafttreten einer neuen bürgerlichen und industriellen Gesetzgebung mit sich gebracht hätte. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten könnten unmöglich nur durch leichte Abänderung einer einzigen auf Grund der Volksabstimmung erlangten Grenze behoben werden. So gibt es Gebiete, in denen die Abstimmung der einen oder anderen Nationalität ein zweifelloses, wenn auch nicht überragendes Übergewicht gesichert hätte. Selbst wenn man nun diese Gebiete nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten und nicht auf Grund der Volksabstimmung, geteilt hätte, würde diese Grenze aufs engste miteinander verknüpfte Wirtschaftskruppen zerschneiden. Der Rat sah sich daher folgender Lage gegenüber: Eine Grenzlinie, die nicht das Industriegebiet zerschneidet, würde die Hoffnungen und Wünsche von nicht etwa kleinen Mehrheiten in unwichtigen Gebieten, sondern von entscheidenden Mehrheiten, in sehr wichtigen Gebieten vernichtet haben. Tatsächlich hat nun aber die Volksabstimmung diese Hoffnungen und Wünsche nicht nur zugelassen, sondern auch ermutigt. Das waren die dem Problem innewohnenden Schwierigkeiten. Langwierige Verhandlungen, die sich mehr als zwei Jahre nach dem Friedensschlusse hinzogen und eine große Bevölkerung in erster Ungewißheit über ihr politisches Schicksal ließen, haben diese Schwierigkeiten noch beträchtlich vermehrt. Mit der Prüfung des Problems beauftragte der Rat zunächst einen Ausschuss, der sich aus vier Ratsmitgliedern zusammensetzte, und zwar aus den Vertretern Belgiens, Brasiliens, Chinas und Spaniens. Seine Arbeiten überzeugten den Ausschuss davon, daß die Frage nicht gelöst werden könne, indem einfach eine Grenzlinie aufgestellt wird, entweder ausschließlich auf Grund der Volksabstimmung oder auf Grund wirtschaftlichen Überlegungen, oder infolge eines Ausgleiches dieser beiden Methoden. Hätte man ohne eine andere Bestimmung die Grenze nach einer dieser Methoden aufgestellt, so wäre man zu den verhängnisvollsten Erscheinungen gelangt. Infolgedessen beschloß der Völkerbundsrat, nach gründlichem Studium die neue Grenzlinie zu empfehlen und vorzuschlagen, daß während einer bestimmten Periode Garantien gegen jede Vernichtung der gegen-

wärtigen wirtschaftlichen Bedingungen geboten werden, wobei diese Periode lange genug währen müsse, um eine vollständige und wirksame wirtschaftliche Anpassung zu ermöglichen. Allgemein anerkannte Sachverständige und Fachleute wurden damit beauftragt, die gleichfalls notwendigen wirtschaftlichen Bestimmungen zu studieren. Die betreffenden Personen gehörten den technischen Organisationen des Völkerbundes an und unterlagen keinerlei Einflüssen, sowohl was ihre Nationalität als auch die Behörde betrifft, von der sie ernannt wurden. Sie wurden von den vier Ratsmitgliedern aufgefördert, die allgemeinen Maßnahmen zu unterzuchen, welche die Fortführung des Wirtschaftslebens in Oberschlesien sichern und die Schwierigkeiten der Uebergangsperiode auf ein Mindestmaß beschränken müßten. Die Projekte, in denen die betreffenden wirtschaftlichen Bestimmungen vorgeschlagen werden, sehen in einer langen Periode, in gewissen Fällen für 15 Jahre, eine Reihe von Vereinbarungen vor. Diese Vereinbarungen beziehen sich auf eine unparteiische und gerechte Regelung der Eisenbahnfragen, der Wasser- und Elektrizitätsversorgung, die Zollfreiheit für zahlreiche Erzeugnisse sowie Kohle und Zink und die Beibehaltung der deutschen Mark als gesetzliches Zahlungsmittel in den an Polen abgetretenen Gebieten. Der Rat schlug gleichzeitig mit der Annahme dieses Projektes Garantien für die politischen Minderheiten vor, da er hierin eine wesentliche Ergänzung einer politischen Grenzführung erblickt. Nur auf diese Weise war es möglich, den politischen Wünschen der Einwohner die größte Befriedigung zu gewähren und ihnen gleichzeitig den Fortbestand des wirtschaftlichen Wohlergehens zu sichern.

Die Erregung in Deutschland wegen der Teilung dauert begreiflicher Weise an. Aber aus der Aufrage gegen den Völkerbund und seinen alles eher den objektiven Schiedspruch heßt sich immer deutlicher die Mahnung der besonnenen Elemente hervor, die drohende Wirtschaftskrise nicht ohne Not zur Parlements- und Regierungskrise zu erweitern. „Vorwärts“ und „Freiheit“ gehen in dieser Richtung voran und es ist zu hoffen, daß sie die Rechnung des Großkapitals und der Militaristen, die wiederummal ihre Bäume wachsen sehen und ihre Abstützung und Gelderfassung im nationalistischen Strudel verlinken sehen, zu nichten machen werden.

Lublin. — Die Verwaltungskommission.

Genf, 13. Oktober. (Savas.) Wie mitgeteilt wird, wird der Bezirk Lublin zwischen Deutschland und Polen so aufgeteilt werden, daß die Stadt Lublin selbst an Polen fällt. Die Kommission, welche die wirtschaftliche Einheit des Industriegebietes sichern soll, wird aus zwei Polen, zwei Deutschen und einem Vertreter eines neutralen Staates als Vorsitzenden bestehen.

Bürgerliche Prophezeiungen über Europas Zusammenbruch.

London, 12. Oktober. (Tsch. P.) In der heutigen Sitzung des Kongresses für wirtschaftliche Wiederherstellung und Weltfrieden erklärte der englische Finanzsachverständige Paish, es sei ein Fehler zu glauben, daß die Krise in Handel im Abnehmen sei. Nächstes Jahr um diese Zeit werde die Zahl der Arbeitslosen doppelt so groß sein. Die Regierungen unternehmen keine wirksamen Schritte, um der Not zu steuern. Weitere würden noch zuzurückgehen müssen, wenn sie ihrem Schicksal überlassen würden. Wenn Amerika heute Europa sterben lasse, so würde ein sehr beträchtlicher Teil des amerikanischen Volkes ebenso zugrunde gehen. Die Lage, die heute in Russland herrsche, werde bald in ganz Europa herrschen. Der deutsche Delegierte Ernst Zahn erklärte, die sogenannte Wohlfahrt Deutschlands sei ein Trugschluß.

beiden Nationen strittigen Fragen wenigstens provisorisch „im Vertragswege zu regeln“ und dadurch jedes Blutvergießen zu vermeiden, was sich dann tatsächlich zugegetragen hat, daß tschechische Proletarier in der Uniform auf deutsche Proletarier geschossen haben, schaltete ihm das unglückselige Wort entgegen: „Mit Rebellen verhandeln wir nicht!“ Obzwar dieses Wort nicht von einem tschechischen Sozialisten, sondern von dem Nationaldemokraten Maschin gesprochen wurden, unterlagen die Führer des tschechischen Proletariats — und das ist das tragische Verhängnis der tschechischen Revolution von 1918 — völlig dem Einfluß ihrer imperialistischen Bourgeoisie. Dafür wird das obige Dokument immer und ewig ein un-

lösliches Zeugnis sein, wird ein Zeugnis dafür sein, daß das Recht auf Selbstbestimmung des deutschen Volkes in der Tschechoslowakei, das wir deutsche Sozialdemokraten vertreten, einst zu den Grundfragen der tschechischen Sozialisten aller Richtungen gehörte. Ueber die Nationalsozialisten, noch die tschechischen Sozialdemokraten, noch der kommunistenführer Schmeral haben nach dem Umsturz des 28. Oktober etwas dafür getan, um dieses Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes seiner Verwirklichung näher zu bringen. Der gesamte tschechische Sozialismus von der äussersten Rechten bis zur äußersten Linken ist eine Beute des Imperialismus der tschechischen Bourgeoisie geworden.

Unsere „kuriose Schadenfreude“. Unsere Kritik an dem Gehaben der Deutschbürgerlichen, die mit großer Geste das Parlament verließen haben und unter einer windigen Begründung nun wiederkehren, sucht die „Bohemia“ zu einigen Ausfällen gegen unsere Partei und unser Blatt auszunützen. Hierbei unternimmt sie, sicherlich gegen ihr besseres Wissen und ihre Ueberzeugung, die schwere Aufgabe, der Politikal der Baeren und Genossen irgend eine Grundsfählichkeit anzudichten. Nun, über Geschmack läßt sich nicht streiten und wenn die deutschdemokratische „Bohemia“ diese Politik zu der ihren macht, so kann man ihr dies neidlos gönnen, wobei man daran zweifeln kann, daß die Abgeordneten Kaska und Koska der gleichen Meinung sind. Es ist auch nur die Vorliebe für diese Politik, wenn das Blatt sich und anderen einzureden sucht, der Auszug der Deutschbürgerlichen hätte mit keinem Mißerfolg geendet, wobei es sich zur Bekräftigung auf den beschönigenden Wortlaut des Verbandsbeschlusses beruft, der allerdings noch immer Strammheit nimmt. Abzuwehren ist nur die Meinung, wir müßten vor dieser Politik und ihren Erfolgen den gleichen Respekt haben. „Schadenfreude, die durch die Zeilen lüchert“, so nennt das Blatt die Motive unserer Kritik, worauf zu sagen ist, daß die Grundsfähigkeit, Sprunghaftigkeit und Inkonssequenz als das einzig Bleibende in der Politik des Deutschen parlamentarischen Verbandes, uns nun einmal keine Bewunderung abzurufen vermag. Das Schönste aber ist, daß die „Bohemia“ die deutschen Sozialdemokraten für die Mißerfolge der Nationalverbänder verantwortlich machen möchte. Die politische Unfähigkeit, das nationale Maulheldentum, der Unernst, mit dem einige Schreiber die Taktik des Nationalverbandes lenken, kann doch nicht den Sozialdemokraten auf ihr Gewissen geladen werden. Den klaren Tatbestand zu verwirren, wird dem Blatte ebenso mißlingen, wie seine eifrigen Versuche, unsere Partei durch Vorhalten fehlerhafter Beispiele zu nationalistischen Verfehlungen und zur Verleugnung der Grundsfähigkeit des revolutionären Sozialismus zu verlocken.

Eine Feststellung. Dr. Lodgman kam in seiner Barnsdorfer Rede auch auf die sozialdemokratische Partei zu sprechen und wußte von ihr die Legende zu erzählen, daß sie auf dem Standpunkte stehe, die nationale Frage werde sich von selbst durch die Entwicklung der sozialen Verhältnisse klären und erledigen. Das soll wohl soviel besagen, als daß die sozialdemokratische Partei die Lösung der nationalen Frage, da sie sich „von selbst erledigen“ werde, nicht die gehörige Beachtung schenke. Obwohl wir annehmen, Herrn Dr. Lodgman sei es nicht unbekannt, daß die sozialdemokratische Partei seit reichlich 22 Jahren ein nationales Programm besitzt und mindestens seit dieser Zeit unermüdet für die Lösung des nationalen Problems wirft, sei doch ausdrücklich festgestellt, daß Herr Dr. Lodgman eine arge Verwechslung begeht, daß die sozialdemokratische Partei im Gegensatz zu den Behauptungen Lodgmans gerade in der nationalen Frage ein Hindernis der Entwicklung der sozialen Verhältnisse erblickt und daher ihre Klärung schon zwei Jahrzehnte früher betrieb, ehe noch die Deutschbürgerlichen, die damals im Besitze der Macht waren, die Klärung für besonders dringlich hielten. Da Herr Dr. Lodgman heute der Führer der Deutschbürgerlichen ist, dürfte es ihn wohl auch interessieren, zu erfahren, daß der sozialdemokratischen Partei in ihrem zwanzigjährigen Kampfe um das nationale Selbstbestimmungsrecht gerade seine Partei als stärkstes Hindernis entgegenwirkte.

Die schwarze „Bohemia“. Die „Bohemia“ zitiert unter dem Titel „Die Folgen sozialdemokratischer Denuntiation“ eine Meldung des „Cas“, nach welcher zwei tschechoslowakische Offiziere auf Grund der Veröffentlichung der „Arbeiter-Zeitung“ in Untersuchung gezogen wurden. Der „Bohemia“ ist scheinbar unklar, was man unter Denuntiation versteht. Die Wiener Arbeiterschaft befindet sich in einem Kampf auf Tod und Leben gegen die monarchistisch-reaktionären Intrigen. Eine Stunde von Wien stehen die Horthybanditen und Karlistischen Banden, beschienen Wiener-Neustadt. Die Republik Deutschösterreich und mit ihr die österreichische Arbeiterschaft ist schwer bedroht. In dieser Lage veröffentlicht unser Wiener Bruderblatt eine Aufzählung derjenigen, die offensichtlich einen Anschlag auf das Proletariat Deutschösterreich planen und den magyarschen Bänden den Weg nach Wien zu ebnen bemüht sind. Ist diese vornehme Notwehr des österreichischen Proletariats „Denuntiation“? Aber in den Augen des Blattes der „deutschdemokratischen Freiheitspartei“ scheint überhaupt der Kampf gegen die Horthystierung Mitteleuropas „Denuntiation“ zu sein, denn sonst könnte es nicht die Notwehr des Proletariats gegen die monarchistische Gefahr derart betiteln.

Sitzung des Parteivorstandes.

Prag, den 13. Oktober.

Die heute hier abgehaltene Sitzung des Parteivorstandes beschäftigte sich mit den Vorkämpfen für den Parteitag und beschloß, die vorläufige Tagesordnung durch die Aufnahme des Punktes „Der Kampf um die Sozialversicherung“ zu erweitern. Sodann erstattete Genosse Dr. Czoch einen ausführlichen Bericht über die außenpolitischen Verhältnisse, schilderte die Gefahren, die durch die Angriffe der magyarischen Banden auf Westungarn für den Frieden in Mitteleuropa drohen. In der anschließenden Debatte wurde dieser Bericht genehmigend zur Kenntnis genommen und der Stellungnahme unserer Vertreter im auswärtigen Ausschuss des Abgeordnetenhauses zugestimmt. Bei der Besprechung der innerpolitischen Verhältnisse wurde übereinstimmend festgestellt, daß durch den Regierungswechsel keine Aenderung des bisherigen politischen Systems eingetreten ist, weshalb die deutsche sozialdemokratische Arbeiterpartei auch keine Veranlassung hat, ihre bisherige Taktik irgendwie abzuändern. — Der Parteivorstand beschloß, den Klub der Abgeordneten aufzufordern, in energischer Weise und mit allen Mitteln dahin zu wirken, daß die zahlreichen eingekerkerten Opfer der Dezemberereignisse endlich amnestiert werden. — Die Einladung der französischen sozialistischen Partei für ihren Parteitag am 29. Oktober in Paris wird mit einem Begründungsschreiben beantwortet. — Ferner wurde beschlossen, ein Parteiabzeichen zum Preise von drei Kronen herauszugeben. — Der Ausscheidung der Bezirksorganisation Plan aus der Kreisorganisation Eger und deren Zuweisung an die Kreisorganisation Mies wurde zugestimmt. — Im übrigen beschäftigte sich der Parteivorstand mit innerorganisatorischen Fragen.

Die tschechische Presse als Anwalt Bolens.

Die tschechische Presse läßt keine Gelegenheit vorbegehen, um ihre Deutschfeindschaft und „Ententeverläßlichkeit“ zu beweisen. Das oberflächliche Diktat hat nun allen jenen, denen die „besiegten“ Deutschen das Um und Auf der Politik sind, die Junge neuerdings gelöst. In der „Mor. Politika“ verzapft der bekannte, auf der äußersten Rechten stehende Diplomat Leo Borsky seine altneuen Weisheiten vom besiegten und daher rechtlosen Deutschland. „Von einer an Deutschland begangenen Ungerechtigkeit könne überhaupt nicht die Rede sein, auch wenn Deutschland gleichwertig wäre mit Polen, auch wenn nicht mit zweierlei Maß gemessen müßte, da es sich ja um einen besiegten und siegreichen Staat handelt. Es ist daher ganz richtig, daß die Proteste der deutschen Gesandten an London und Paris von der siegreichen Entente abgelehnt wurden.“ Dann erinnert S. Borsky daran, daß das strittige Gebiet ja einst, im Jahre 1743, ein Teil der Länder der böhmischen Krone war und gibt seinem Bedauern Ausdruck, daß es nun zwischen zwei fremde Staaten geteilt werde, und die Tschechoslowakei leer ausgehe (!). Und zum Schluß kommt das Hauptargument. „Diesenigen von uns, die Polen nicht günstig gesinnt wären, mögen sich erinnern, daß ganz fühlbar berechnet, Deutschland mit seinen 64 Millionen uns eine weit größere Gefahr ist als Polen mit seinen 30 Millionen Menschen bedeutet. Und daher können auch sie mit der Schwächung Deutschlands einverstanden sein!“ Es erübrigt sich wohl, an diese „sachliche“ Beurteilung weitere Bemerkungen zu knüpfen.

Was schreibt nun das Blatt, dessen Chefredakteur F. Sis zur Zeit des Teschner Streites das Volk am Prager Wenzelsplatz zu den Waffen rief und die Polen als Nation ohne Ehre darstellte.

Die „Mor. Listy“, die im Teschner Konflikt nicht genug Wirtschaftsgründe zur Verteidigung des tschechischen Standpunktes anführen konnten, lassen diese nun ganz bei Seite und schreiben: „Für eine objektive Erwägung war das Urteil, daß die Gesandtenkonferenz nicht einfach 40 Prozent polnischer Stimmen ignorieren könne, und dies umso weniger, als die politischen Motive mehr für Polen als für Deutschland sprechen.“ Was Herr Borsky offen heraus sagt, ist hier ein wenig schüchtern angebeut.

Der halbamtliche „Cas“ hat seine polenfreundlichen Töne etwas kühler gestimmt. Er findet, daß Deutschland mit der Lösung — zufrieden sein könne.

Eine Ausnahme in dieser würdigen Reihe bildet nur die „Tribuna“. Sie bekennet, daß die Entscheidung für Deutschland schlecht ausgefallen ist und schreibt: Sicherlich gewinnt Polen weniger, als Deutschland verliert. Deutschland im wirtschaftlichen Sinne war eine gut balancierte Maschine — nimmt einen bedeutenden Teil ab, das Gleichgewicht ist gestört und der Organismus kann sich nicht entspannen. Es wird nötig sein, ihm neue, weit einfachere Bedingungen zu geben, denn der Völkerver-

Eine Horthyverschöpfung in der Slowakei?

Entdeckung einer Geheimorganisation. — Zahlreiche Verhaftungen.

Raschau, 13. Oktober. (Tsch. P. B.) Die Polizeidirektion in Raschau ist durch längere Beobachtung darauf gekommen, daß auf gewisse Führer der Arbeiterschaft in der Slowakei seitens der Horthy-Propaganda gedrungen wird, in Fortschrittsdienste zu treten. Durch eingehende Untersuchung und Nachforschung wurde festgestellt, daß sich in der Slowakei eine geheime Horthy-Organisation gebildet hat, welche in enger Verbindung mit magyarischen Faktoren steht und die beabsichtigte, wie absolut sicher festgestellt wurde, in der nächsten Zeit einen gewaltsamen Umsturz in der gesamten Slowakei herbeizuführen. Diese Geheimorganisation hat sich nicht nur auf per-

sonnliche Agitation beschränkt, sondern korrespondierte auch, um die Arbeiterschaft, resp. Führer, für ihre Zwecke zu gewinnen. Davon hat die Polizeidirektion in Raschau heute bereits einen unumstößlichen schriftlichen Beweis. Dieses Dokument, das durch Hausdurchsuchungen, die von der Polizeidirektion in Raschau vorgenommen wurden, sichergestellt wurde und sich im Original in den Händen der Behörden befindet, ermöglichte den Sicherheitsbehörden ein weiteres Einschreiten, um alle Versuche zur Untergrabung der Sicherheit des Staates im Keime zu ersticken. In dieser Hochverratsaffaire wurde bereits eine ganze Reihe von Personen verhaftet.

Tages-Neuigkeiten.

Weisheiten des Herrn Kreibitz. Auf der kommunistischen Kreisversammlung in Reichenberg hielt der Herr Kreibitz eine seiner langen und breiten Reden — er meinte wahrscheinlich die Reichenberger müßten auch einmal eine Kostprobe aus der Prager „Schwabbude“ erhalten —, in der er allerlei über die internationale Lage erzählte. So gab er zum Besten, daß Venesch auf Geheiß der Entente den Versuch machen mußte, „zwischen Ungarn und Oesterreich zu vermitteln, vor allem um Ungarn eine Niederlage zu ersparen“, während doch jedes politische Kind schon weiß, daß das Dazwischentreten einer Ententemacht, Italiens, der tschechoslowakischen Vermittlung ein unrühmliches Ende bereitet hat. Die zweite Entdeckung des Herrn Kreibitz ist noch lustiger. Er findet nämlich, daß das österreichische Proletariat revolutionär ist, „wenn es sich auch noch immer von der Sozialdemokratie gänzlich löst“. Früher hörte man es anders, da war alles, was mit der Sozialdemokratie nur in Berührung kam, „gegenrevolutionär“. Man merkt, Herr Lehrer Kreibitz ist nicht mehr so streng in der Schule, er gibt den schlimmsten Duden schon bessere Zeugnisse, — weil sie sich auf keinen Fall bessern wollen. Damit man aber sieht, daß Herr Kreibitz ein ganzer Kerl und ein tüchtiger Anführer ist, nimmt er in sein politisches Wörterbuch das Wortchen Kompromiß auf, das die Kommunisten früher aufregte, wie das rote Tuch den Stier. Er entschuldigt die Sowjetregierung, daß sie „Kompromisse mit den kapitalistischen Staaten, die die Welt noch beherrschen“, abschließt. Ja, man wandelt nicht ungestraft Arm in Arm mit Schmeral unter Palmen!

Kommunistenhat in Brünn. Die „Tidobe Noviny“ melden, daß Mittwoch in Brünn bei einigen tschechischen und deutschen kommunistischen Führern Hausdurchsuchungen vorgenommen wurden. Es soll sich um eine Verbindung der tschechoslowakischen Kommunisten mit ausländischen Kommunisten, und zwar durch einen sogenannten Kurierdienst handeln, dessen Zentrum in Brünn sein soll.

Der Deubener Bankraub — siehe Chodan. Vor dem Dresdener Landgericht kam am Montag der Deubener Bankraub zur Verhandlung wo etwa 220.000 Mark bei der Zweigstelle der Deutschen Bank geraubt wurden. In der Verhandlung ergab sich, daß die Angeklagten sämtlich Mitglieder der kommunistischen Partei Deutschlands sind. Sie behaupten, daß sie die Tataus politischen Gründen begangen hätten, um der SPD, der „durch die Vorgänge in Mitteleuropa“ große Ausgaben erwachsen sind, neue Mittel zuzuführen. Sie erklärten, daß sie selbst 100.000 Mark erhalten hätten, während der Rest des Geldes an die Zentralunterstützungskassa der SPD. gesandt worden ist. Das Gericht verurteilte die Angeklagten zu zwei bis vier Jahren Gefängnis.

Eine Versammlung der Staats- und öffentlichen Angestellten in Gablonz. Montag, den 10. d. M., fand in Gablonz eine zahlreiche besuchte Versammlung aller öffentlichen Angestellten statt. In der einstimmig angenommenen Entschliessung heißt es: Wir protestieren dagegen, daß bereits am 1. Oktober mit der Abgabe für die Bekleidungsaktion begonnen wurde, verlangen die Einstellung der Rückzahlungen wenigstens bis 1. März 1922 und fordern weiters, daß ermöglicht werde, diese Schuld in 36 Monatsraten abzustößen. Wir legen aufs schärfste Protest ein gegen die absichtliche Verschleppung der Stabilisierung. Wir fordern die Einbeziehung aller aus Anlaß der Teuerung gewährten Lager in den Gehalt. Die Stabilisierung muß gleich kommen und hat unbedingt für alle Pensionisten zu gelten. Wenn das Stabilisierungs-gesetz sogenannte Ergänzungszulagen bringt, so

müssen wir darauf bestehen, daß diese nur über Beschluß des Parlamentes, nicht aber durch bloße Verordnung genommen oder abgeändert werden können. Ganz energisch legen wir in Anbetracht der wieder steigenden Teuerung Veranlassung ein, gegen die Absicht, die Notaus-hilfe einzustellen oder zu verkürzen. Wir verlangen im Gegenteil eine entsprechende Erhöhung derselben, weil die Beamten- und Lehrerschaft durch die Ausschlichung aus der öffentlichen Versorgung, durch die aufs neue einsetzende Steigerung der Preise aller Lebensmittel und Bedarfsartikel in eine ganz verzweifelte Lage geraten ist. Die beabsichtigte Restriktion der Beamtenstellen darf nicht schon jetzt eintreten, sie darf erst nach der Stabilisierung durchgeführt werden und nur unter Mitwirkung der Fachorganisationen. — Die tschechischen Versammlungsleiter erklärten sich mit der vorgeschlagenen Resolution einverstanden.

Statt Bezirkswirtschaftsräten Gauwirtschaftsräte. Wie die „Tribuna“ mitteilt, wird im Ministerium für Volksernährung an einem Projekt gearbeitet, nach dem mit 1. Jänner 1922 an Stelle der bisherigen Bezirkswirtschaftsräte Gauwirtschaftsräte in Tätigkeit treten werden. Die Aenderung geschieht aus Erparungsgründen.

Slowakische Legionen. Die Preshburger „Slovenska Politika“ teilt mit, daß die Magyaren eine rege Verberätigkeit unter den Slowaken für die „slowakischen Legionen“ entfalten. — Das Blatt empfiehlt eine diplomatische Intervention, damit verhindert werde, daß Landbesitzer gewaltsam gezwungen gegen ihr eigenes Vaterland kämpfen müssen.

Ein tschechisches Honorar-Konsulat in Brüssel. Das tschechische Preshbüro meldet: Das Ministerium des Äußeren hat in Brüssel ein Honorar-Konsulat der tschechoslowakischen Republik errichtet und mit der Leitung desselben Herr Samuel Lamm, Brüssel, 172 Rue de Palais, beauftragt.

Ein Gymnasium für Arbeiter. In Weinberge soll nach Vereinbarungen mit dem Professorenkollegium in der Salekstraße ein Arbeitergymnasium errichtet werden. Der Lehrplan soll so geregelt werden, daß er den Lehrstoff aller acht Jahrgänge in zwei bis drei Jahren enthalten wird.

Von der Flugpost. Vom 1. Oktober l. J. wird die Abfahrtszeit der Postflüge sowohl in der Richtung Paris als auch Warschau auf 9 Uhr 30 Min. festgesetzt. Flugfahrten erfolgen auch am Sonntag. Um die Post mit dem nächsten Fluge abfertigen zu können, muß sie beim Postamt Prag-Flugplatz spätestens bis 9 Uhr früh des Flugtages, beim Hauptpostamt in Prag-Heinrichsgasse spätestens bis 8 Uhr 15 des Flugtages, bei den Postämtern der Prager Vororte bis 18 Uhr des Tages vor dem Fluge und bei den übrigen Postämtern der Republik dazugehörig abgehoben werden, daß sie spätestens bis 8 Uhr früh des Flugtages beim Briefexpeditionsbüro Prag einlangen kann.

Zusammenstoß mit der Elektrischen. Der Kutscher Hr. Behnke verfuhr gestern vor 11 Uhr vormittags beim Wollschauer Friedhof einem Auto entgegen, das von Trajnsky kam. Hierbei kam er dem Geleise zu nahe, sodaß ein von rückwärts herankommender elektrischer Motorwagen in seinen Wagen hineinfuhr und ihn zur Seite warf. Der Kutscher wurde vom Boden geworfen und brach sich eine Rippe. Er wurde in das Weinberger Krankenhaus überführt.

Bodendiebstahl. Rosa Vogel aus Prag VIII machte bei der Polizei die Anzeige, daß ihr in den letzten drei Wochen jemand vom verschlossenen Boden für 10.000 Kr. Wäsche gestohlen habe. Die Detektive stellten fest, daß den Diebstahl der Sattlergehilfe Franz Sckora durchführte, der in diesem Hause mit Ausbesserungsarbeiten beschäftigt war. Einen Teil der Sachen trug er zu seiner künftigen Schwiegermutter Anna Jambora in Prag VIII, den anderen Teil versteckte er auf dem „Sandberg“. Sckora gestand den Diebstahl ein. Die Vogel behauptet, daß ihr noch für 5000 Kr. Sachen fehlen. Der Dieb wurde dem Landesstrafgerichte eingeliefert.

China auf dem Kriegspfade.

Hanoi, 12. Oktober. Nach einer Meldung der „Agence Havas“ drang eine chinesische Bande, ungefähr 2000 Gewehre stark, in der Nacht vom 8. auf den 9. Oktober in das Gebiet von Tonking ein. Der Posten der Eingeborenen zur Schutze Langson wurde von

einer zweiten Bande angegriffen, welche die Telegraphenleitungen und den Schienentweg zerstörte. Die Banden wurden durch Artilleriefeuer abgewiesen und der Posten durch Infanterie befreit. Die Chinesen verloren 15 Tote und zahlreiche Verwundete, ebenso 2 moderne Kanonen kleineren Kalibers. Nach Langson wurden Verstärkungen geschickt.

London, 12. Oktober. Einer Exchangemeldung aus New-York zufolge, hat der chinesische Vertreter in den Vereinigten Staaten ein Telegramm erhalten, nach dem die Kantonalregierung den Militäristen von Peking den Krieg erklärt hat. Chinesische Truppen unter persönlicher Führung des Präsidenten Sun-Jat-Sen rücken von Kwangsi nach Norden vor, um Peking zu nehmen. Sun-Jat-Sen verfüge über 140.000 Mann, die mit modernen Waffen ausgerüstet seien.

Die Not in Rußland.

Schwedische Hilfe.

Stockholm, 13. Oktober. (Lautenziberg.) Die schwedische Hilfsexpedition für Rußland wird am 2. November von Stockholm abgehen und begibt sich über Nowal und Petersburg nach Samara. Der erste Hilfsszug wird aus 38 Waggons Nahrungsmitteln und Volksküchen bestehen, mit deren Hilfe täglich 8000 Personen versorgt werden können.

Die Arbeitslosigkeit in England.

London, 10. Oktober. (Tsch. P. B.) Die Arbeiterpartei und der Gewerkschaftskongress haben die Einladung Lloyd Georges, Dienstag abends zur Besprechung der Arbeitslosenfrage mit ihm zusammenzutreffen, angenommen.

Letzte Nachrichten.

Ein Memorandum wegen der Minoritäten in der Tschechoslowakei.

Wien, 13. Oktober. (Tsch. P. B.) Die Rechtssektion der österreichischen Völkerverbände hat der in Wien stattfindenden Tagung des Generalkonvents der Völkerverbände ein Memorandum betreffend den Minoritätenstatus überreicht, in welchem besonders über die Behandlung der deutschen Minoritäten in der tschechoslowakischen Republik Klage geführt wird.

Ausweisung russischer Gegenrevolutionäre aus Polen.

Wien, 13. Oktober. (Tsch. P. B.) Die Wiener Abendblätter melden aus Warschau: Nach der jüngst zwischen dem Unterstaatssekretär Tobolski und dem russischen Geschäftsträger Korotkoff getroffenen Vereinbarungen werden längstens bis zum 20. d. die Führer der russischen Gegenrevolution Boris Swinkow, Dattaman Petljura, Ataman Trutjanuk und General Salachowic sowie 11 andere Sowjetgegner aus dem Gebiet Bolens ausgewiesen werden.

Kleine Chronik.

Explosion von 50 Waggons Munition. Viele Tote und Verletzte.

Bukarest, 13. Oktober. (Eigen.) Im Fort Rubeni bei Bukarest sind heute 50 Waggons Munition explodiert. Das ganze Fort flog in die Luft. Der Schaden ist riesig. Bisher wurden 10 Tote und 20 Verletzte festgestellt. Die genaue Zahl der Opfer ist jedoch bisher nicht bekannt, da die Explosion der Granaten noch andauert.

Ein Laib Schwarzbrot in Wien: 34 Kronen. Wien, 13. Oktober. Von Montag angefangen wird auf Grund der Vereinbarungen, die im Rathaus mit den Bäckern und den Bäckergewerkschaften geschlossen wurden, der Preis für einen Laib Schwarzbrot auf 34 Kr. erhöht werden. Weißbäckerei wird sich auf 22 Kronen stellen.

Ein monarchistischer Attentäter aus der Ukraine. Wien, 13. Oktober. Der ehemalige ruthenische Abgeordnete Wassilko ist vorgestern aus Berlin hier eingetroffen und konstatierte gestern mittags mit dem Wiener ukrainischen Abgeordneten Sidorenko. Im Laufe der Beratung schloß sich der ukrainische Arzt und Journalist Dr. Wisnacevsky aus Odessa, der seinerzeit im Dienste des Heiman Stropadski stand und nun den monarchistischen Aspirationen in der Ukraine nahe steht, in den Konferenzsaal. Er versuchte, Wassilko mit einem Anstich anzugreifen. Das Attentat wurde durch das Eingreifen Sidorenkos und des Legationssekretärs Seman verhindert. Der Attentäter benützte die entstandene Verwirrung und flüchtete.

Einstellung einer deutschen Zeitung in Rumänien. Bukarest, 13. Oktober. Das Untersekretariat für nationale Minderheiten hat die Herausgabe der „Kronstädter Zeitung“ in Kronstadt wegen ständiger provokativer Artikel gegen Behörden und Armeekorps auf einen Monat eingestellt.

Explosionsunglück in einem Autobetrieb. Bei einer Explosion im Apollo-Werk in Böhmjitz (Tsch.) wurde eine Kranführerin getötet, zwei Arbeiter wurden schwer und eine Anzahl leichter verletzt.

Augentzündung. Bambera, 13. Oktober. Auf dem hiesigen Bahnhof entgleiste ein gemischter Zug. Mehrere Personenzüge wurden eingedrückt, wobei drei Personen getötet und acht verletzt wurden.

Der Raubmordprozess Swoboda.

Vater, Mutter und Bruder hielten dem Swoboda beim Wegschaffen der Leiche. — „Die Leiche ist ein toter Hund.“ — Die „vergeßliche“ Mutter. — Das Verhör eines Mitangeklagten angeblichen Kommunistenführers.

Jglau, am 12. Oktober.

In dem Raubmordprozess gegen Gottfried Swoboda und seine Helfer fand gestern und heute das Verhör der Angeklagten statt. Der Hauptangeklagte leugnet, den Mord beabsichtigt zu haben und führt das Ganze auf einen unglücklichen Zufall zurück. Der Vater des Gottfried Swoboda, Johann Swoboda, leugnet, an dem Mord teilgenommen zu haben. Nur durch Zufall habe er den Leichnam des Weinhändlers Beigl im Kamin gefunden, den er dann mit Hilfe seines Sohnes Theodor mit Bajonett, Hacke und Messer zerstückelte. Die Freischleife wurden von den Knochen abgelöst und jene in einen Sack gesteckt, diese im Ofen verbrannt. Er habe nicht gewußt, wer der Ermordete sei. Der Bruder des Angeklagten, Theodor, gibt an, daß er gemeinsam mit seinem Vater die Leiche zerteilt habe. Er habe seinen Bruder wegen des Toten zur Rede gestellt, Gottfried aber sagte: „Die Leiche ist ein toter Hund.“ Und erst als Theodor ihm eine Leichenschand vorwies, habe er erklärt, das sei ein Fremder gewesen, der ihm im Wege stand und den er wegräumen mußte. Er werde aber durch den Mord ein reicher Mann werden, weil er mit dem Gelde Geschäfte machen werde. Binnen kurzem werde er Millionär sein.

Die Mutter des Gottfried Swoboda leugnet ebenfalls, von dem Mord gewußt zu haben. Dabei gibt sie aber zu, sich an dem Vernichten des Leichnams beteiligt zu haben. Auf die Frage des Vorsitzenden, warum sie nicht die Anzeige über den Fund des Leichnams gemacht habe, entschuldigt sie sich mit ihrer großen Vergeßlichkeit.

Bzüglich des mißlungenen Raubmordversuches an dem Müller Popel erklärt der Hauptangeklagte Gottfried Swoboda, er wisse nicht, was er begangen habe, nachdem der Müller in seine Wohnung gekommen sei. Die übrigen Angeklagten, die zur Zeit des Mordversuches im Zimmer waren, wissen nur anzugeben, daß sie gesehen haben, daß Gottfried Swoboda nach dem Abfeuern des ersten Schusses die Hand gefenkt und an einem glänzenden Ding herumgehoben habe. Die Angeklagte Hadrich erklärt, zwei Schüsse gehört zu haben, und behauptet, ein Schuß müsse ihr gegolten haben. Sie stellte die Sache so dar, als ob Gottfried die Absicht gehabt habe, sie und auch den Maurer (der ebenfalls angeklagt ist), sowie den Popel, zu erschließen und zu berauben. Swoboda hatte nämlich die Hadrich gefragt, ob sie Geld bei sich habe, was sie bejahte, dann aber verneinte. Die Tatsache ist, daß tagvorher Swoboda den Maurer fragte, ob er einen Redolber bei sich habe. Die gleiche Frage richtete er auch an Popel vor dem Attentat. Die Angeklagte Hadrich, die Geliebte des Maurer, eine geschiedene Frau, gibt an, daß sie Maurer und Swoboda tags vorher zu bewegen suchten, bei einer Jglauer Bank ein Sparbuchschen mit 40.000 Kronen zu belehnen, was sie aber, trotz des wiederholten Antragens der beiden ablehnte. Daraus ist der Schluß zu ziehen, daß möglicherweise der Plan gefaßt war, die Hadrich und den Popel zu erschließen. Daraus deutet auch folgender Umstand hin: Als Popel einige Alarmschüsse durch das Fenster abgab, rief Swoboda: „Herr Maurer, schießen Sie nicht, machen Sie uns nicht unglücklich!“ Vielleicht hätte Maurer die Hadrich und Swoboda den Popel erschließen sollen. Durch die Alarmschüsse aber hätte die Erschießung der Hadrich das ganze Komplott aufgedeckt.

Der Angeklagte Birbaum, der des Einverständnisses mit Swoboda, Maurer und der

Hadrich beschuldigt wird, erklärt sich für nicht schuldig. Der Vorsitzende hält ihm aus seinem Vorleben eine Episode vor. Birbaum hatte sich als Kommunistenführer ausgegeben und einer Frau erzählt, er habe während der Käteregierung in Ungarn mit einigen Kommunisten eine Pukta überfallen und die Bewohner beraubt und ermordet. Der Angeklagte erwidert, daß dies nicht wahr sei, er habe nur reponniert. Der Vorsitzende rüde erwidert ihm, daß eine andere Frau, die damals aus Ungarn geflüchtet sei, in ihm den Anführer der Kommunisten erkenne, die die Pukta überfallen hätten. Der Angeklagte behauptet dagegen, nie in Ungarn gewesen zu sein. Der Hadrich gegenüber hat sich der Birbaum als Großgrundbesitzer aus Pukta bei Jglau ausgegeben. In Wirklichkeit besitzt seine Mutter in Pukta nur ein kleines Häuschen. Donnerstag findet der Lokalangenhör statt, dann wird das Zeugenverhör fortgesetzt. Die bisherigen Zeugenaussagen brachten nicht sehr viel Licht in die Sache. Der Verteidiger des Swoboda hat den Antrag auf Einberufung eines Psychiaters gestellt, der Aufklärung darüber geben solle, ob es möglich sei, daß ein Mensch ganz plötzlich die Erinnerung an gewisse Vorfälle verlieren könne. Der Antrag wurde angenommen.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Katastrophaler Kurssturz der Reichsmark.

Die gestrigen Börsennotierungen bringen einen neuerlichen Kurssturz der deutschen Mark. Während Ende September noch an der Prager Börse 100 deutsche Reichsmark 81 Kč kosteten, fiel ihr Wert am 12. Oktober auf etwa 73 und gestern sogar auf etwas unter 66. In Berlin kosteten 100 Reichsmark 160 Mark. In Zürich notierten 100 Mark Fr. 3.90, 100 tschechische Kronen dagegen Fr. 5.90. Damit hat die deutsche Mark gegenüber der tschechischen Krone einen noch nie dagewesenen Tiefstand erreicht. Die Ursache dieser furchtbaren Entwertung der deutschen Mark liegt in den Nachrichten über Oberschlesien, darin, daß man einen der wirtschaftlich entwickeltesten Teile Deutschlands von diesem losreißt und es dadurch Deutschland noch schwerer, ja fast unmöglich macht, die gewaltigen Reparationssummen zu bezahlen. An der Entwertung der deutschen Mark können die Staatsmänner der Entente am besten die Wirkungen ihrer Politik verfolgen. Die Friedensschlüsse von Versailles und St. Germain erweisen sich immer mehr als ein Fluch für die europäische Wirtschaft und Kultur. Auch für die Tschechoslowakei können sich aus der Entwertung der deutschen Mark sehr unangenehme wirtschaftliche Konkurrenz wird noch größer, Krise und Arbeitslosigkeit können noch größere Ausdehnung erhalten. So werden auch die Arbeiter der Tschechoslowakei die Folgen der Teilung Oberschlesiens mittragen.

Spiritus. Die Tschechoslowakische Spirituskommission veröffentlicht ihren Geschäftsbericht für die abgelaufene Betriebsperiode. Der Bericht ist demüßigt, die große fiskalische Bedeutung der Spiritusindustrie herauszutreten, um die Regierung in der Abstinenzfrage einzuschüchtern. Auf Grund der Staatseinnahmen aus der Spirituswirtschaft und einer von der Spirituskommission für die ganze Spiritusindustrie und die Abnehmer eingeschätzten Erwerbsteuer (!) kommt diese Kommission zu dem Schluß, daß die Staatseinnahmen aus der Spiritusindustrie ein Zehntel des gesamten Staatseinkommens (7.7 Milliarden) betragen und empfiehlt daher der Regierung, bei einer eventuellen Lösung der Abstinenzfrage darauf bedacht zu sein. Die Spirituskommission hatte in der Periode 1919—20 16.000 Abnehmer, die aus 61 großen Brennereien und 1052 landwirtschaftlichen Brennereien Spiritus für Kronen 944,497,121.59 bezogen. Leider ist aus dem Berichte nicht ersichtlich, wieviel Spiritus zu Trinkzwecken im Inlande abgesetzt wurde und welche verheerende Wirkung dieser „reine Al-

kohol“ ausgelöst hat. Wir empfehlen dem statistischen Amte, auch eine solche Statistik auszuarbeiten.

Der österreichische Außenhandel. Wien, 12. Oktober. Nach der vorläufigen Handelsstatistik über den österreichischen Außenhandel im ersten Halbjahre 1921 beträgt die Einfuhr 3.8 Millionen Tonnen, wovon fast 2.6 Millionen Tonnen auf Rohle entfallen. Die Ausfuhr beträgt 700.000 Tonnen. Hinsichtlich der Einfuhr steht die Tschechoslowakei mit 1,608.000 Tonnen (42.6 Prozent) an der Spitze. Bei der Ausfuhr steht Italien mit 147.000 Tonnen (21.1 Prozent) an erster und die Tschechoslowakei mit 139.000 Tonnen (19.9 Prozent) an zweiter Stelle.

Vorbereitung für den Zolltarif in Oesterreich. Wien, 13. Oktober. Das Handelsministerium schreitet in die Vorbereitungen für die Revision des Zolltarifes, der seit dem Zusammenbruch der Monarchie seine frühere Bedeutung verloren hat.

Streiks in Wien. Der Lohnstreik des Gast- und Kaffeebaupersonals ist durch einen Ausgleich beendet, durch welchen das Personal eine 100prozentige Gehaltserhöhung erhielt. Auch der Gehaltskonflikt des Apothekerpersonals wurde durch einen Ausgleich geschlichtet.

Der Ertrag der tarifizierten Steuern in Frankreich. Die indirekten Steuern, Gebühren und Monopole trugen im September 1921 insgesamt 1.010,644.000 Franken, fast ebensoviel wie im August 1921, aber 108,938.700 Franken weniger als im September des vorigen Jahres. Gegenüber dem Budgetvoranschläge beläuft sich der Minderertrag auf 139,306.700 Franken.

Französische Kohle nach Ungarn. Wie der „Cas“ aus Budapest meldet, hat die Budapester Gasanstalt mit französischen Bergwerksbesitzern einen Vertrag betreffend Kohlenlieferungen abgeschlossen. Unsere französischen Freunde nehmen uns also den ungarischen Markt auch noch weg.

Der Termin der Prager Frühjahrsausstellung wurde für die Zeit vom 12.—19. März 1922 festgesetzt. Die Messeleitung hat den Beschluß gefaßt, anstatt der bisher seit fast zwei Jahren erschienenen mehrsprachigen Monatsausgabe ihrer Messezeitung seit mit Monatsbeginn eine rein tschechische und Mitte jedes Monats eine rein deutsche Ausgabe herauszugeben.

Eisenbahnerstreik in Halle. Wie die Blätter aus Halle berichten, ist im Eisenbahndirektionsbezirk in Halle eine Bewegung im Gange, die sich gegen das Goslarer Protokoll richtet, welches als eine Durchbrechung des Achtstundentages angesehen wird. Wenn nicht in letzter Stunde eine Einigung erfolgt, muß mit einem Eisenbahnerstreik im Halleischen und im Leipziger Direktionsbezirk gerechnet werden.

Der Wert der Krone. Es kosten: 100 holländ. Gulden 341¼, 100 Mark 65, 100 schweiz. Franken 172¼, 100 Lire 361, 100 franz. Franken 67¼, 1 Pfund Sterling 361, 1 Dollar 93¼, 100 belg. Franken 669¼, 100 Peso 125¼, 100 Dinar 140¼, 100 Lei 74, 100 österr. Kronen 324½, 100 poln. Mark 2.55, 100 ung. Kronen 14.275 tsch. Kronen.

Kunst und Wissen.

Das Geständnis oder „Die Frau, die den Mann tötet“, ein Film mit sprechenden Personen von Sidney Garrick. Amerikanische Milliardarin, einst armes, tuberkuloses Maler liebendes Mädchen von strahlender Schönheit, von ihrem eifersüchtigen Gatten verfolgt. . . Er kauft den Verführer, um die Treue der Gattin zu erproben. . . Verführung. . . Beweis in Händen. . . Milliardarin erschleicht nach anfänglicher Liebe den schurkischen Verführer. . . Gerichtsverhandlung und Geständnis. . . Milliardarin ins Irrenhaus. . . Milliardarin ihrem herzigen Kinde und der Freiheit wiedergegeben. Und das wird ohne Kino-Genuss im Neuen Deutschen Theater aufgeführt!

Der Milliardär Roman Koenhard. — Geschäft ist Geschäft, vorgeschobenes Unter-nehmen, tadellose Brutalität. Lavinia (Lavinia) Ria Kessel: schön, schön, am schönsten, einfach zum Freisprechen! Schurke 1 war Herr Mühlberg, Schurke 2: Frau Medelsky, Schurke 3: Herr Selbern. Künstlerische Leitung: Herr Demey, „Künstlerische“ Oberleitung: Herr Leopold Kramer. Der Beifall, so wollen wir annehmen, galt der guten Darstellung. Einige Kinofeinde auf der Galerie zischten. F. B.

Premiere „Der Vetter aus Dingsda“. Morgen abends findet die Premiere der neuen Operette „Der Vetter aus Dingsda“ mit der Musik von Künneke statt. Beschäftigt sind die Damen Longauer, Maganja, Sillisch, die Herren Weper (der erstmals in einer Operette auftritt), Poser, Kober, Böring, Stodler, Swoboda. Spielleitung: Karl Fischer. Musikalische Leitung: Hellfried Schroll. (Ab. aufgeh.) Erste Wiederholung Sonntag abends. (Ab. aufgeh.)

Neues Theater. Heute Abend Puccinis „Mädchen aus dem goldenen Westen“ in der Neustudierung (226-11), Sonntag Nachmittag halb 3 Verdis große Oper „La Traviata“, Montag die Strauhoper „Der Rosenkavalier“ (227-11), Dienstag (228-14), die mit großem Beifall aufgenommene amerikanische Schauspielerei „Das Geständnis“. — Neustudierungen: Die Oper bereitet für Sonntag, den 23., eine Neustudierung von Kleists „Kuhreigen“ vor, während das Schauspiel am Samstag, den 22. nachm. halb 3 als I. Schüler-Klassiker-Vorstellung Shakespeares „Romeo und Julia“ neu studiert herausbringt.

I. Vorstellung des Vereines deutscher Arbeiter. Sonntag, den 20. Oktober Nachmittag findet im Neuen Deutschen Theater die Aufführung der Mozart-Oper „Don Juan“ als Arbeiter-Vorstellung statt. Karten zu dieser Vorstellung beim Optiker Deutsch, Graben 25 (Meier Bazar). Für die Mitglieder des Arbeitervereines wird Samstag, den 16. von 7—9 Uhr abends und Sonntag Vormittag von 10—12 Uhr im Vereinslokal Prag II, Smetschlagasse 27, der Vorverkauf eröffnet.

Turnen und Sport.

Weltspiel D. F. C. gegen T. F. R. am Sonntag in Prag. Der Ausgang des Spieles ist völlig ungewiß, das letzte Resultat in Teplice war 1:1. Der Vorverkauf findet von 6—7 Uhr abends im „Continental“ statt. — Samstag um 3 Uhr nachmittags spielen die Reserven des D. F. C. gegen Malostranský.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Sonntag, 16. Oktober, 3 Uhr Teplitzer Fußball-Klub gegen D. F. C. Vorverkauf heute 6 bis 7 Uhr. Kontrollkupon 34.

„Urania.“

Heute, 6 Uhr, Physikalisches Institut, Vinice Nr. 3 „Moderne Experimentalphysik“ Dozent Fürth. Erster Vortrag „Anwendung der Elektrizität in der Technik“ (Erzeugung von Kraft, Wärme usw.) mit zahlreichen Experimenten. Kurstarte 10 Kr., Einzelticket 4 Kr. — Heute, halb 8, Musikal.-deklamatorischer Abend „Gusti Weidl-Gade“ — Dr. Theodor Weidl. Schumanns „Phantasiestücke“, Die schöne Rosamunde (Melodram), Regit. Karten 15—3 Kr.

„Im Bilde durch die Welt.“ Zweiter Vortrag wegen des Oktoberfestes schon diesen Sonntag, den 16., halb 4 Uhr. Prof. Dr. Fr. Deshta „Eine Reise nach Korfu und Athen“ mit 120 prächtigen Lichtbildern. Einzelticket 5 und 4 Kr., „Urania“-Ranglei.

Scheinrot Ostwald in der „Urania“. Dienstag, den 18. Oktober, halb 8. Der berühmte Physiko-Chemiker spricht über das Thema: „Wesen und Freiheit in der Kunst“ und zeigt an der Hand von Lichtbildern die Ergebnisse seiner neuesten Studien über die Harmonie der Formen und Farben. Karten 17—4 Kr. Mügl. Ermäßigung. „Urania“-Ranglei.

Einführung von Jugendveranstaltungen in der „Urania“. Von dem Bestreben geleitet, der deutschen Jugend die Möglichkeit geistiger Anregung zu geben und die Reminis solcher Wissens- und Kunstgebiete zu vermitteln, die in der Schule nicht entsprechend berücksichtigt werden können, stellt die „Urania“ gemeinsam mit der Lehrerschaft der deutschen Mittel-, Bürger- und Volksschulen von diesem Schuljahre an eine Reihe von Vorträgen, Kursen, Exkursionen und Filmvorführungen als Jugendveranstaltungen auf, die in anschaulicher, allgemein verständlicher Form erfahrungsgemäß dem Interesse der Jugend am meisten entgegenkommen. Das Gesamtprogramm dieser Jugendveranstaltungen liegt in allen Schulen auf. Sämtliche Vorträge werden von Professoren, bzw. Lehrern gehalten. Das Abonnement für die 12 Sonntag-Vormittag-Vorträge für Schüler 5 Kr. Karten in den Schulen erhältlich. Die Eröffnungsfest findet Sonntag, den 16., halb 11 Uhr vormittags im großen Saale der „Urania“ statt.

Herausgeber: Dr. Ludwig Tschek und Karl Cermak. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß. Druck: Aktiengesellschaft Tribuna, Prag.

Reserviert für: **MERL & WEISS** FACHMANN. BÜRO-EINRICHTUNGEN PRAG, NÁRODNÍ 23a. 141

Sanatorium Rüssig-Kleische nimmt **keine Geisteskranken mehr** auf. Aufnahme Linden 134 Innere und Nervenkranken.

Kassen feuersichere Bücher- und Dokumentenschränke, Mauer-Sales und Kassetten liefert billigst renommierte Firma **Friedrich Wiese, Hauptniederlage, Prag** Telefon 748 Senovážná ul. 2. Telefon 748

Verlangt in Drogerien und Konsumvereinen **„BRILANTOL“** beste Kleiderstofffarbe.

BIO LIDO **Die Bergkatze** Soldaten-Einbrecherkarratur. Regie Lubé. Es spielt: POLA NEORL.

SVĚTOZOR Tagesereignis! Tagesereignis! **Pariser Mädchen sind schon da!** I. EPOCHE: PARISER KINDER.

TANZ-BAR ASTORIA OVOČNÝ TRH Eröffnung morgen. Entrée frei. Büro- und Geschäfts-Einrichtungen amerik. Roll-Flachpulte, Registraturen, Kassen, Regale, Verkaufspulte, Gasthausmöbel etc. offeriert den p. t. Gewerkschaften und Genossenschaften zu Vorzugspreisen. **A. Kominik, Prag II.,** Kapotinský 2, Telefon 851-100